

müßte Wehrmacht übernehmliche Aufgaben, die gewissen Hilfsmitteln dargebracht werden, stehen auf demselben Niveau. Damit soll natürlich durchaus nicht gegen das Kino als solches gesagt werden. Der Film hat aus seinen hervorragenden Kultur- und Bildungswert, aber schließlich muß doch ein Maß in allen Dingen sein, und seinem Grunde wahrer Volksbildung kann es einfallen, zu behaupten, daß der Film das Theater zu ersetzen vermöchte.

Die Bühnenkunst steht auf einer so hohen geistigen Stufe, daß sie sich sorgfältig bilden muß, unter dem Druck, den der Zeiten Ungunst ausübt, von dieser Höhe herabzustiegen und sich Methoden zu eigen zu machen, die etwas Anreizendes, Kinomäßiges an sich haben. Schon die vielfach im Leben genommene Darstellung von Reklamebildern im Bühnenkunst hat von diesem Standpunkte aus etwas Bedenkliches. Die Hauptfrage aber ist, daß andauernd der große Nachdruck auf eine den höheren künstlerischen Anforderungen entsprechende Auswahl des Stoffes gelegt wird. Hier muß es als ein Schritt zum Abstieg bezeichnet werden, wenn die mittleren Theater jetzt vielfach das große Schauspiel und die große Oper allzusehr vernachlässigen und mehr oder weniger ausschließlich zur leichten Operette, zur Posse und zum Schwank übergehen.

Wie kann dem weiteren Niedergange des Theaters vorgebeugt, wie kann dem deutschen Volke ein gutes mittleres Theater mit seinem hohen Bildungswert erhalten werden? Das ist das Problem, das es zu lösen gilt. Fragwürdige Institute, wie sie namentlich in Berlin zu finden sind, mögen ruhig in den Danks hinabsinken; ihnen wird kein wahrer Kunstfreund eine Träne nachweinen. Ein leistungsfähiges mittleres Theater aber ist ein bedeutsamer deutscher Kulturfaktor, dessen Erhaltung des Schwebes der Nation wert ist. Ohne Opfer wird es freilich nicht gehen. Es steht zurzeit nur das Mittel der Selbsthilfe auf dem Wege des Zusammenstufens zur Verfügung, das andere Berufsklassen, wie Handwerk und Landwirtschaft, bereits früher mit Erfolg in höherer Not angewendet haben. Man wird also, soweit eine Notwendigkeit dazu besteht, einzelne für sich allein nicht existenzfähige Theater zusammenlegen und an ihrer Stelle ein gemeinschaftliches Theater errichten müssen. Im Rhein-

land sind Verhandlungen nach dieser Richtung im Gange, und in Oberösterreich ist das Verfahren sogar schon in die Tat umgesetzt worden. Dort gibt es vereinigte städtische Bühnen, die fünf Städte umfassen, Deutschn, Wels, Haidenburg, Raasdorf und Riedbach. In dem interessanten Jahresbericht 1925, der ein Bild der Wirklichkeit dieser vereinigten Bühnen gibt, heißt es: „Die Verwirklichung dieser fünf Städte, zu denen als Nebenstädte noch einige kleinere Städte, wie Tagnowitz usw. kamen, erforderte eine Zahl von Vorstellungen, die nur dadurch erreicht werden konnte, daß bei rationeller Proben- und Personalverteilung im Schauspiel — das Schauspielpersonal zählt 24 Köpfe — monatlich drei bis vier Erstaufführungen im Schauspiel herausgebracht wurden, ohne daß die für Qualitätsaufführungen erforderliche Probenzeit verkürzt wurde. Die Oper stellte bisher monatlich zwei Erstaufführungen, die Operette durchschnittlich ein bis zwei Werke, so daß im Durchschnitt monatlich sieben Erstaufführungen gebracht wurden.“

Ein solches Institut, das auf künstlerische Vollwertigkeit hält, wird dann auch begründeten Anspruch auf Unterstützung aus Gemeindefonds haben. Für einzelne hervorragende Ensembles ergibt sich ferner die Möglichkeit, nach dem Vorbild der Weimarer das Volkstheater zu pflegen. Auch die Reichsregierung müßte sich bemühen, die Schäden der Anstalten abzutreiben und ein neues Regimentsamt zu schaffen, das in der Förderung würdiger Theaterunternehmungen eine nationale und kulturelle Pflicht zu erfüllen hätte. Wenn Selbsthilfe der Theater und verständnisvolle Unterstützung von außen her zusammenwirken, so sollte man meinen, daß es gelingen müßte, die Krise bald zu überwinden und von der deutschen Weiskultur die Gefahren, die ein allmählicher Theaterabbau mit sich bringen würde, fern zu halten. Das ist eine nationale Aufgabe ersten Ranges. Das deutsche Volk, das auch heute noch eine tiefe Bildungssehnsucht bis weit hinein in die Arbeiterkreise besitzt, läßt sich mit seinen ernst strebenden Schauspielern in einer Weiskommunität verbunden und wünscht ihnen herzlich, daß aus den neuen Nebeln der gegenwärtigen Not die Morgenröte einer neuen Blüte des deutschen Theaterwesens emporsteigen möge.

erklärte er am letzten Sonnabend dem polnischen Gesandten, Polen müsse zugleich mit Deutschland einziehen, nicht später, denn Polen sei auch in Locarno gezwungen. (1)

Auf eine Tunis betreffende Frage wurde erwidert, Mussolini glaube, daß leicht eine Verständigung in Nordafrika zustande kommen würde. Dagegen die italienische Presse nur selten davon spreche, gebe es für die Italiener hier einen empfindlichen Punkt. Es gebe sogar mehrere davon. Sie seien aber nicht ernst. Verbalisch lege er ihnen keine Bedeutung bei. Aber sie hätten die Unannehmlichkeit, Presseaktionen hervorzuheben, um die öffentliche Meinung zu beunruhigen, außerdem sprach er von Anstaltsfragen, die sich in Paris aufstellten und von gewissen Zeitungsartikeln, die angeblich die öffentliche Meinung widerspiegeln. Er sagte, daß dies nicht der Fall sei. Aber die große Masse täuschten sie. Gewiß gebe es angreifbare Artikel in England. Wenn man ihnen weniger Bedeutung belege, so gelte es doch, weil man die englische Presse nicht lese. Man vertrete wenig Englisch in Italien. England sei weit. Mussolini sprach dann noch über den Faschismus. Man könne die politische Auffassung des Faschismus vortrefflich durch Verabreichungswörter finden. Er lachte sie außerhalb Italiens niemandem aufzuzwingen, aber er glaube, daß sie gut sei.

### Der Fall Jürgens.

Berlin, 27. Febr. In den schweren Beschuldigungen gegen den Landgerichtsdirektor beim Charlottenburger Amtsgericht Jürgens und dessen Ehefrau werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Nach dem zweiten Falle in Steffin wurde man mißtraulich. Die Verhörungen boten um Nachprüfung der Tatsachen. Die Steffiner Polizei machte sich schließlich, als Jürgens nach Berlin überbestellte, an die Berliner Kriminalpolizei mit der Bitte, den Fall weiter zu verfolgen. Wehren wurde zur Verhaftung der Frau Jürgens in ihrer Wohnung geschritten. Zugleich sollte auch ihr Gatte festgenommen werden, wurde aber auf Kauffe nicht angetroffen. Landgerichtsdirektor Jürgens erbat sich vor einigen Tagen wegen eines Herzensanfalls Urlaub, der ihm bewilligt worden war und ist jetzt abgereist.

Es ist wohl ein einziger dastehender Fall, daß gegen einen so hohen richterlichen Beamten derartige schwere Beschuldigungen erhoben werden, wie gegen Jürgens, dem man vorwirft, in mehreren Fällen Versicherungsbetrug und andere Verfehlungen begangen zu haben. Jürgens war bis zu Beginn dieses Jahres drei Jahre lang am Stargarder Landgericht tätig und hatte dort in der Eigenschaft als Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs die Aufsicht, Kommunikationprozeduren durchzuführen. In einer ganzen Reihe sehr wichtiger Prozesse fungierte er als Vorsitzender, u. a. gegen eine Pfänderhand. Ferner war er auch als Untersuchungsrichter gegen den Ruffen Bozenhardt und bei dem Leininger Tschekaprozess tätig. Am 1. Januar wurde er zum Landgerichtsdirektor ernannt und nach Berlin versetzt.

Schon im Stargard fiel es auf, daß das Ehepaar Jürgens ein ziemlich luxuriöses Leben führte. Soziale Beziehungen unternahm. Badewerte besuchte und im allgemeinen Gebrauchsgegenständen machte, die in einem merkwürdigen Mißverhältnis zu dem richterlichen Einkommen standen. Die Berliner Kriminalpolizei kam im Laufe ihrer Ermittlungen zu positiven Resultaten und die Verdachtsmomente verdichteten sich immer mehr. Die Berliner Polizei berichtete ihre Ermittlungen an die Stargarder Oberstaatsanwaltschaft, die nunmehr nach Berlin Meldung gab, das Ehepaar zu verhaften. Soweit es sich bisher übersehen läßt, liegt der dringende Verdacht vor, daß die beiden Einbrüche in Rostock und Steffin von Jürgens und seiner Frau in Szene gesetzt und finanziert worden sind, um sich dadurch betrügerisch in den Besitz der Versicherungsablässe zu setzen. Auch Unterschlagungen sind offenbar begangen worden, da Jürgens und seine Gattin ihnen nicht ausreichende Wertgegenstände hoch veräußerten und sie nachher als arbeitslos angaben.

Wie weiter aus Stargard berichtet wird, soll dieser „politische Einbruch“ schon vor längerer Zeit durch Drohbriefe an die Familie Jürgens vorbereitet worden sein. Diese Drohbriefe sollen ebenfalls fingiert sein, und zwar in erster Linie auf Betreiben der Ehefrau. Frau Jürgens soll einem Handwerksburschen, der bei ihr im Winter wegen einer Unterhütung vorbrach, 100 Mark für die Abfassung solcher Drohbrieve versprochen haben. Später soll dann der Schreiber dieser Briefe weitere 100 Mark von ihr erpreßt haben. Nach diesem Handwerksburschen wird zurzeit gefahndet.

Kassel, 27. Febr. Die das „Kasseler Tageblatt“ meldet, ist Landgerichtsdirektor Jürgens aus Berlin, der unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges steht, heute früh in Kassel verhaftet und mit dem Tage 10.54 Uhr wieder nach Berlin abtransportiert worden. (S. T. B.)

### Die Etatberatungen im Haushaltsausschuß.

(Drohmelbung unter Berliner Zeitungslesern)  
Berlin, 27. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte heute die Beratung des Etats 1928 fort. Beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums beginnt die Aussprache bei der Beschlagnahme des Reichspräsidenten. Gegenüber den Ausführungen kommunistischer und sozialdemokratischer Redner stellt der deutschnationale Abg. Dergt fest, daß der einfache Antrag und veranlassen müßte, die Einzelverteilung dieser Summe nicht öffentlich zu besprechen. Alle übrigen Staaten, gerade die westlichen Demokratien bewilligten ihrem Präsidenten solche Mittel ohne öffentliche Besprechungen im einzelnen. Es gehe nicht an, vorantim Witwen angelegener Männer dadurch schwer zu verletzen. — Der demokratische Abg. Rißner wies darauf hin, daß von diesem Fonds 2,5 Millionen für alte Krieger verwendet werden; nur 700.000 M. diesen dem Vertreter des Deutschen Reiches zur Erfüllung seiner Repräsentationspflichten und für Zwecke, für die sonst keine Summen zur Verfügung stehen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold bat, gegenüber den Darlegungen der Linken, die Angelegenheit doch nicht zu übertreiben. Wir können dem nicht zustimmen, daß irgend ein Grund vorliege, von dem bisherigen Brauch abzuweichen. Meiner Auffassung entspricht es nicht der Würde des Deutschen Reiches, wenn dieser Dispositionsfond, der nicht über das übliche Maß hinausgeht, in gewisser Weise beargwöhnt und dabei von der bisherigen Gepflogenheit abgewichen wird. Der Titel wurde dann genehmigt.

Beim Kapitel Landesfinanzämter entspann sich eine Aussprache über die Steuerhinterziehung, Steueramoral und Buchkontrolle. Staatssekretär Poppi vom Reichsfinanzministerium führte in Verantwortung verschiedener Anfragen u. a. aus: Zur Beantwortung der Frage, wie weit die Finanzverwaltung abgebaut werden kann, kann ich meinen früheren Ausführungen nichts neues hinzufügen. Wenn Sie von den 124 Regierungsstellen 100 streichen, dann haben wir noch 24, und dann ist es natürlich schwer, gute Buch- und Betriebsprüfer in Beamtenstellen überzuführen. In der Frage der Steueramoral denkt der Finanzminister nicht anders als sein Vorgänger. Die Steuererklärungen liegen noch nicht vor. Auf die Vorzüge in Bernkastel eingehend, erklärt Staatssekretär Poppi, daß die Notlage der Winger sicherlich außerordentlich groß sei; aber kleinlich und schändliche Maßnahmen der Steuerbehörde seien kaum der Grund der dortigen Bewegung, denn Bernkastel gehöre zum Rotgebiet. Besondere Steuern können dort kaum die Leute bedrückt haben, auch kaum Bindungen. Im übrigen ist aber durch das Vorgehen der Winger in Bernkastel die Staatsautorität außerordentlich gefährdet. Einer Bevölkerung gegenüber, die ihr Recht an Gebühren, Abgaben und Steuern selbst ausübt, müßte die staatliche Autorität gewahrt werden. (Bei Schluß des States dauerte die Verhandlung fort.)

## Deutschnationale Volkspartei und Opposition.

### Eine Rede des Grafen Westarp.

München, 27. Febr. In einer großen öffentlichen Versammlung hielt am Freitagabend Graf Westarp eine Rede über die deutschnationale Opposition. Er betonte, daß die Räumung der Röhner Zone nur die Erfüllung eines klaren Reichsmandats Deutschlands sei, nicht aber eine Rückwirkung von Locarno. An wervollen Auswirkungen dieses Vertragswerkes fehle es überhaupt vollständig. Ob nicht die zweite und dritte Abteilzone geräumt seien, könne man von einem Verhältnungsgehalt auf seinen Fall reden.

### Die schweren Bedenken gegen den Völkerbund seien nicht aus der Welt geschafft worden.

Die Hoffnung des Außenministers Stresemann, daß wir nach dem Eintritt in den Völkerbund die Rechte der Minderheiten vertreten könnten, sei falsch. Die Art und Weise, wie jetzt in dem Kampfe um die Siege im Völkerbundsrat vorgegangen wurde, sei nicht sonal und lasse sich mit dem Geiste der Zusammenarbeit nicht vereinigen. Es sei niemals davon die Rede gewesen, daß gleichzeitig mit Deutschland auch andere Mächte Siege im Völkerbundsrat erhalten könnten.

Der Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung habe nach dem Vertragswert von Locarno erfolgen müssen, weil die Deutschnationalen die Träger des nationalen Gedankens seien. Nachdem bei der Regierungsbildung nicht ein Fachministerium, sondern wieder ein Parteiministerium geschaffen worden sei, das unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehe, müßten die Deutschnationalen der neuen Reichsregierung Mißtrauen entgegenbringen. Im Gegensatz zu Dr. Stresemann erkläre er, daß in Deutschland nur ohne und nur gegen die Sozialdemokratie innen- und außenpolitisch mit Aussicht auf Erfolg reagiert werden könne. Die Aufgabe der deutschen Politik müsse es sein, die Unmöglichkeit der Erfüllung des Dawes-Planes nachzuweisen, eine Politik, die eine Regierung unter dem Druck der Sozialdemokratie allerdings nicht machen könne. Graf Westarp kam dann auf die deutschnationalen

### Verfassungsanträge

zu sprechen und erklärte, daß die Locarnoverträge anders ausgefallen wären, wenn der Reichspräsident seine Wünsche und Ansichten hätte zur Geltung bringen können, anstatt durch die verfassungsmäßigen Bestimmungen eingeschränkt zu sein. Die Parteiherrschaft müsse gebrochen werden.

### Bevorstehender Rücktritt des deutschnationalen Parteivorstehenden.

Berlin, 27. Febr. Wie wir erfahren, gedenkt der gegenwärtige Parteivorstehende der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Dr. Windler, den Parteivorsth niederzulegen. Dies ist vor allem darin begründet, daß Dr. Windler erst unlängst zum Präsidenten des altpreussischen Reichstages gewählt worden ist und damit eine neue große Arbeitslast auf sich genommen hat. Da Dr. Windler, der gegenwärtig nicht nur

Parteivorstehender, sondern auch Führer der preussischen Landtagsfraktion und nun noch Präsident des Reichstages ist, hat er erklärt, daß es für ihn zu schwer sei, diese drei Ämter nebeneinander zu führen. Mit der Neuwahl des Parteivorstehenden will man warten, bis die sich aus dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ergebende Lage einigermaßen geklärt ist. Die Neuwahl würde also nicht vor April in Frage kommen. Die Führung der preussischen Landtagsfraktion gedenkt Dr. Windler beizubehalten.

### Der Reichshand und die deutschnationale Stellung zur Regierung.

Berlin, 27. Febr. Zu dem bevorstehenden Rücktritt des gegenwärtigen deutschnationalen Parteivorstehenden Windler hören wir noch, daß sein Zurücktreten in seinem Zusammenhang steht mit der Frage einer Umorientierung der deutschnationalen Politik. Ganz unabhängig von diesem Rücktritt ist in deutschnationalen Kreisen bereits sehr eingehend die Frage einer neuen Regierungsbeilegung der Deutschnationalen erörtert worden. Man ist der Ansicht, daß man zunächst noch warten sollte, wie das Spiel um die Weiser Staatsfrage ausfallen werde. Dann aber gelte es für die Deutschnationalen als die stärkste bürgerliche Partei, die Verwirklichung zur Teilnahme an der Regierung wieder geltend zu machen. Es gehe nicht an, daß gerade die stärkste Partei des Widerstands noch länger in der Opposition verbleibe und das Schicksal des Volkes und des Landes unbeschreiblichen Kräfte überlasse. Es gelte, mit aller Kraft wieder dem Gedanken der nationalen Staatseinstellung zum Durchbruch zu verhelfen.

Wenn die Regierung jetzt in Genuß des Eintritt in den Völkerbund vollziehe, so habe sich nicht nur eine ganz neue politische, sondern auch eine neue parlamentarische Lage ergeben. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbund, so wie ihn die deutschen Vertreter seinerzeit in Locarno glaubten vor sich zu haben, nicht bestehen werde. Ein Völkerbund aber, der, wie selbst die englische Presse sagt, wertlos gemacht sei, habe für Deutschland nicht das geringste Interesse. Werde in einen solchen Völkerbund eingetreten, so sei die Regierung für die Folgen verantwortlich. Müße aber nun die deutsche Regierung, das heißt die Herren Luther und Stresemann, in Genuß erkennen, daß der Eintritt in den Völkerbund nicht möglich sei, so habe sich dadurch ebenfalls eine neue Lage ergeben. Wieder in dem Sinne nationaler Politik Einfluß auf die Reichsgeschäfte zu nehmen, das sei das Ziel der nationalen Politik.

In diesem Zusammenhang sind Äußerungen einer leitenden Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes von Interesse, die diese Pressevertretern gegenüber tat. Deutschland kommt sich jetzt, so erklärte diese Persönlichkeit, vor, wie jemand, der etwa zu einem interessanten Tennisturnier fährt und dort mit Interesse verfolgt, wie die Bälle hin- und hergeworfen werden. Nachdem man jetzt plötzlich erwidert hat, daß der Völkerbund sich „fortentwickeln“ müße, wird die deutsche Regierung nicht weiter tun, als nach Genuß fahren, und gegebenenfalls zurückkehren, ohne etwas anderes getan, als gehört und gesehen zu haben.

## Fortgesetzte Seite Mussolinis.

### Das nationalistische Reichsbanner. — Italienisierung Südtirols. — Eintreten für Polen.

### Erklärungen eines „verantwortlichen Regierungschefs“.

Paris, 27. Febr. Ein Vertreter des „Petit Parisien“ wurde von Mussolini empfangen, der ihm offenbar schriftliche Erklärungen überreichte, worin er sich über die sogenannte Bedrohung durch das Deutschtum äußerte. Mussolini erklärte, man habe die Bedrohung durch das Deutschtum darlegen müssen. Man dürfe die Menschen nicht so sehen, wie man sie gern haben möchte, sondern so, wie sie seien. Mussolini wies auf die Kundgebungen der letzten Tage in Deutschland hin, auf die Reichsbannerunternehmung in Hamburg, auf der Reichstagspräsidenten Rede das Wort ergriff. Er erwähnte, daß man hier mit hunderten Fahnen anwesend war, die besonders bekräftigt wurde. Diese Leute, so meint Mussolini, vergäßen nichts und leisteten nicht Verzicht. Sie gäben auch die Freunde von früher nicht auf. Seine Intervention war keine impulsive Geste, keine schlechte Panne, sondern die Handlung eines verantwortlichen Regierungschefs, der klar sehen wollte und sich nicht schweigen, laut zu sprechen, um verstanden zu werden. Man habe ihn gehört. Das italienische Volk, das keine Gefahr argwöhnte, begreife ihn jetzt und würde sein wertvollster Mitarbeiter. Seine Politik sei Realpolitik. Deshalb halte er die Augen offen. Es sei sein Wunsch, daß man das auch anderwärts tue.

In Hamburg hätten die sogenannten Republikaner Entschuldigungen zugunsten der Wiederherstellung eines germanischen Blochs und Gruppierung alles dessen um Deutschland, was losgerissen sei, gesagt. In Deutschland änderte sich also nichts. Es gebe Paraden in Deutschland. Man bereite sich vor. Mussolini wies auch auf die, wie er sich ausdrückte, stivile Luftschiffahrt hin und sprach von 24 Luftlinien, die angeblich in Berlin endeten. Auch auf den Eisenbahnen habe man jetzt die Einrichtung der Eisenbahnmiliz (1) ver-

schwiegen. Sie sei keine Vorsichtsmaßregel für Streiks. In Deutschland gebe es keinen Streik, wenn es sich darum handle, Krieg zu machen. Es bedeute lediglich, daß der Generalstab aufs neue die Hand auf die Eisenbahnen lege (bei deren internationaler Verwaltung, D. Red.). Gewiß gebe es beruhigende offizielle Erklärungen. Er verlasse sie. Er verlasse aber auch die anderen Kundgebungen mit gleicher Aufmerksamkeit. Mussolini erklärte weiter:

er sehe in Südtirol, daß dort alles deutsch gewesen sei, Beamte, Lehrer, Klerus, Eisenbahn und Post. Man sprach nur deutsch. Man sang Hymnen, deren Sänger in Rom verhaftet worden wären.

Für eine Bevölkerung von 250.000 Menschen, Italiener einbezogen, hatte man 24.000 Feuerwehrleute. Als er dies hörte, sagte er sich, daß dort ein Brandherd sei. In Wirklichkeit waren alle diese Feuerwehrleute demaffnet. In all das habe er nun gute Ordnung gebracht.

Mussolini machte keine Anordnungen in diesem Grenzgebiete zu rechtserklären, auch daß jetzt der Unterricht im Italienischen obligatorisch sei, und daß alle Post- und Eisenbahnbeamten Italiener seien. Es vollziehe sich jetzt die Annahme italienischer Familien. Tausende Familien ehemalige Frontkämpfer würden dorthin gebracht, denen Freilauf zur Antivivierung zur Verfügung gestellt werden sollte. Auch gründete man in Verona eine Sidkoffabrik, um 400 weitere italienische Familien heranzuziehen. In der Umgegend sei eine Ringstraße, wo ebenfalls mehrere hundert italienische Familien beschäftigt wurden.

Der deutsche Block umfasse eben 80 Millionen Menschen. Schließlich sprach sich Mussolini über

die Beziehungen Frankreichs zu Italien aus, deren Interessen die gleichen seien und die durch keine ernste Frage getrennt werden. Für die Aneignung eines künftigen Sitzes im Völkerbundsrat an Polen trete er ein. Das